

# **WAHLEN IN SERBIEN: STABILITÄT TROTZ KRISE?**

**DIE POLITISCHEN VERHÄLTNISSE BEI DEN WAHLEN AM 6. MAI BLEIBEN TROTZ KRISE ERSTAUNLICH STABIL.**

Von Boris Kanzleiter

Die seit 2008 anhaltende Wirtschaftskrise in den Ländern der europäischen Peripherie hat in den vergangenen Monaten zu teilweise dramatischen politischen Verwerfungen geführt. Das jüngste Beispiel sind die Wahlen in Griechenland, bei denen am vergangenen Sonntag die neoliberal-sozialdemokratische PASOK eine katastrophale Niederlage erlitt und die Koalition der radikalen Linken SYRIZA den Durchbruch zur dominanten Kraft auf der Linken erreichte. Ganz anders in Serbien: Obwohl auch Serbien seit vier Jahren eine tiefe wirtschaftliche und soziale Krise durchlebt, zeigten sich die politischen Verhältnisse bei den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen am 6. Mai erstaunlich stabil. Serbien ist ein bemerkenswertes Beispiel dafür, dass wirtschaftliche Krisen und politische Umbrüche nicht unbedingt zeitgleich erfolgen.

## **ERGEBNISSE DER PARLAMENTS- UND PRÄSIDENTSCHAFTSWAHLEN**

Ein bisschen unsicher in ihren Deutungsversuchen waren im Vorfeld der Wahlen die meisten Beobachter dennoch. Die Umfragen deuteten zwar auf keine tektonischen Umbrüche hin, aber gleichzeitig zeigten sich viele Indikatoren für eine verbreitete soziale und politische Unzufriedenheit in weiten Teilen der Bevölkerung. Nicht nur die Streiks und ArbeiterInnenproteste der vergangenen Monate manifestierten eine Protesthaltung. Auch die Kommentierung der Wahlkampagne durch Intellektuelle und in den sozialen Netzwerken des Internets machte den Verdruss mit der politischen Elite deutlich. Zynische Kommentare über offenkundig leere Wahlversprechen machten die Runde. Eine «politische Überraschung» bei den Wahlen hätte vor diesem Hintergrund wohl kaum einen Beobachter wirklich überrascht. Aber im Wesentlichen blieb es dennoch beim Alten, obwohl die Resultate der Wahlen durchaus auf unterschwellige Veränderungen hindeuten. So haben beispielsweise 4,4 Prozent der WählerInnen einen ungültigen Stimmzettel mit Kommentaren abgegeben.

Wie erwartet, liegt bei den Parlamentswahlen nach den vorläufigen Endergebnissen die national-konservative Serbische Fortschrittspartei SNS mit 24,1% auf dem ersten Platz.<sup>1</sup> Die vor vier Jahren aus der extrem-nationalistischen Serbischen Radikalen Partei SRS hervorgegangene SNS behauptete damit die Position der größten Partei, verfügt aber – wie noch beschrieben wird – über ein nur eingeschränktes Koalitionspotential und wird daher wie bisher wahrscheinlich auf den Oppositionsbänken Platz nehmen müssen. Mit etwas Abstand auf dem zweiten Platz liegt mit 22,7% die bisherige und vermutlich auch zukünftige Regierungspartei Demokratische Partei DS. Die eigentliche Gewinnerin der Wahl sehen die Kommentatoren allerdings übereinstimmend in der Sozialistischen Partei Serbiens SPS. Die Liste der mittlerweile auf einen pro-europäischen Kurs dressierten ehemaligen Milošević-Sozialisten erzielte 14,5% und damit immerhin knapp sieben Prozent mehr als bei den vergangenen Wahlen. Mit großem Abstand folgen eine Reihe von kleineren Parteien und Listenkoalitionen. Die nationalistisch-konservative Demokratische Partei Serbiens DSS des ehemaligen Premierministers Vojislav Koštunica erreichte 7,0%. Mit nur 6,5% schnitt die Koalitionsliste «Preokret» [Umkehr] des schicken neoliberalen Dressmans und Vorsitzenden der Liberaldemokratischen Partei LDP Čedomir Jovanović unterhalb der Erwartungen ab. Dafür schaffte die neu gegründete «Union der Regionen» URS des ehemaligen Wirtschaftsministers Mladen Dinkić mit 5,5% den Sprung über die auch in Serbien gültige Fünf-Prozent-Hürde. Den Einzug ins Parlament verpasste die Serbische Radikale Partei SRS. Mit nur 4,6% erlebt die Liste des in Den Haag in Untersuchungshaft sitzenden

---

<sup>1</sup> Angaben der offiziellen Wahlkommission RIK vom 7. Mai um 16:30h auf der Grundlage der Auszählung von 97,69 der Wahlbezirke. <http://www.rik.parlament.gov.rs/>

ehemaligen Paramilitärführers Vojislav Šešelj ein Fiasko und zieht nicht wieder in das Parlament ein. Mandate erhielten dagegen die Listen der ungarischen und muslimischen Minderheiten, die über einen speziellen Status verfügen und nicht an die Fünf-Prozent-Hürde gebunden sind.

Gleichzeitig zu den Parlamentswahlen fanden auch Präsidentschaftswahlen und Kommunalwahlen statt. Mit kleineren Unterschieden zeigen die Ergebnisse dieselbe Tendenz wie die Parlamentswahlen. Zur Überraschung vieler Beobachter schaffte der amtierende Präsident Boris Tadić von der DS im ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen den Sprung auf den ersten Platz. Mit 25,3% liegt er knapp vor seinem Herausforderer Tomislav Nikolić von der SNS, der nur 24,9% erreichte. Der Parteivorsitzende der SPS und amtierende Innenminister Ivica Dačić erzielte mit 14,2% ein ähnlich gutes Ergebnis wie seine Partei bei den Parlamentswahlen. Alle anderen Kandidaten liegen mehr oder weniger abgeschlagen unter acht Prozent auf den Rängen. In der zweiten Runde der Präsidentschaftswahlen werden sich am 20. Mai nun Boris Tadić und Tomislav Nikolić gegenüberstehen. Es deutet sich ein hartes Kopf an Kopf Rennen ab. Nikolić kann auf die Stimmen der national-konservativen und nationalistischen Kandidaten aus der ersten Runde hoffen. Damit würde er deutlich über 40% bekommen. Um zu siegen, müsste er aber auch einen größeren Teil der Stimmen der SPS-Anhänger gewinnen. Ivica Dačić hat bisher keine Wahlempfehlung abgegeben, insofern hat Nikolić reale Chancen. Die meisten Beobachter räumen dennoch Boris Tadić bessere Chancen ein. Er verfügt nicht nur über einen Amtsbonus. Die DS verfügt auch über die bessere PR-Strategie und kann erfolgreich Ängste vor Nikolić aktivieren, der mit seiner Vergangenheit als Funktionär der Serbischen Radikalen Partei mit den katastrophalen 1990er Jahren assoziiert werden kann.

## **FORTSETZUNG DER «NEOLIBERAL-PATRIOTISCHEN MITTE-LINKS-RECHTS KOALITION» WAHRSCHEINLICH**

Das Wahlergebnis lässt Raum für verschiedene Koalitionsoptionen. Obwohl der Serbischen Fortschrittspartei von Tomislav Nikolić als stärkster Partei zunächst das Recht zukommt, in den kommenden Tagen eine neue Koalitionsregierung unter ihrer Führung zu formieren, ist es sehr unwahrscheinlich, dass sie damit Erfolg haben wird. Die SNS verfügt auf der politischen Szene mit der national-konservativen DSS über nur einen strategischen Partner. Um die Mehrheit der Mandate zu erreichen, müssten SNS und DSS aber auch die Sozialistische Partei als zusätzlichen Partner gewinnen. Damit könnte eine Koalition der «patriotischen Rechten und Linken» gebildet werden. Diese rechnerisch und politisch mögliche Option ist nicht ganz ausgeschlossen. Allerdings ist ein ähnlicher Versuch bereits 2008 gescheitert. Es gibt nur wenige Gründe, warum er dieses Mal erfolgreich sein sollte. Denn die nach dem Sturz Miloševićs im Oktober 2000 zunächst marginalisierte SPS hat 2008 mit der DS einen im internationalen Kontext weit besser positionierten Bündnispartner gefunden, um wieder an der Macht beteiligt zu sein. Die zunächst als ungewöhnlich perzipierte Zusammenarbeit der ehemaligen Milošević-Sozialisten mit der pro-europäischen DS hat sich über die vergangenen Jahre als überraschend stabil dargestellt.<sup>2</sup>

Die wahrscheinlichste Variante für die anstehende Regierungsbildung ist daher die Fortsetzung der Koalition aus DS und SPS. Für den wahrscheinlichen Fall, dass Boris Tadić die Präsidentschaftswahlen gewinnt, kann sich der SPS-Vorsitzende Ivica Dačić sogar Hoffnungen machen, Premierminister zu werden. Dačić, der ehemalige Pressesprecher Miloševićs, hat sich in den vergangenen Jahren als Innenminister sowohl in Serbien als auch auf der internationalen Bühne erfolgreich profilieren können und bereits in der Wahlnacht seine Ambitionen erklärt, der künftige Regierungschef zu werden. Eine Koalition aus DS und SPS würde allerdings noch einen dritten Partner benötigen, um die notwendige Mehrheit der Mandate in der Skupština, dem serbischen Parlament, zu erhalten. Als Partner bieten sich dabei gleich zwei Parteien an. Die erste Variante wäre die Liberaldemokratische Partei LDP von Čedomir Jovanović und seinem Wahlbündnis «Preokret», das auch die kleine Sozialdemokratische Union SDU und die Serbische Erneuerungsbewegung SPO des Monarchisten Vuk Drašković beinhaltet. Ein Problem könnte die Haltung von «Preokret» zur Kosovo-Frage sein. Während Tadić und vor allem der in Prizren (Kosovo) geborene Dačić weiter auf die Nichtanerkennung des Kosovos bestehen, hat sich «Preokret» im Wahlkampf für eine Änderung der bisherigen Kosovo-Politik eingesetzt. Die zweite Koalitions-Variante für DS und SPS besteht aus der Union der Regionen URS von Mlađan Dinkić, einem ausgesprochen neoliberalen Ideologen, der früher mit der «Expertenpartei» G17 enger Partner des 2003 ermordeten Premierministers Zoran Đinđić war. Dinkić hat sich in den vergangenen zwei Jahren vom Image als «neoliberalen Experten» verabschiedet und fischt nun mit einer regionalistischen Rhetorik in den nicht zuletzt aufgrund seiner Politik verarmten und deindustrialisierten Provinzen nach WählerInnen, die er gegen den «Zentralismus Belgrads» in Stellung zu bringen versucht. Die URS,

---

<sup>2</sup> Siehe zur Wahl 2008: Kanzleiter, Boris: Politischer Umbruch in Serbien, RLS Standpunkte 25/2008.

welche über die Unterstützung einer Reihe von Regionalpolitikern verfügt und die von manchen Kommentatoren zutreffend als «Feudalherren» bezeichnet werden, könnte DS und SPS eine breitere Machtbasis verschaffen als das heterogene «Preokret»-Bündnis, welches in seiner bisherigen Hochburg Belgrad bei den Kommunalwahlen ein Fiasko erlebt hat und nicht mehr im Stadtparlament vertreten sein wird.

Unabhängig davon, wer der glückliche Dritte im Bund von DS und SPS werden darf, oder gar eine sehr unwahrscheinliche aber ebenfalls nicht ganz auszuschließende «Große Koalition» zwischen DS und SNS gebildet wird, es wird sich an der politischen Grundausrichtung der künftigen Koalition voraussichtlich wenig ändern. Das garantieren die bisherige Regierungspraxis von DS und SPS sowie die Positionen der SNS. Wie in den vergangenen Jahren wird die neoliberale Privatisierungspolitik weiter geführt werden. Unter der Aufsicht der Kreditgeber von IWF, Weltbank und der EU werden Austeritätspolitik und Haushaltsdisziplin auch weiterhin durchgesetzt werden. An Reden über die soziale Verantwortung der Regierung wird es dabei dennoch nicht fehlen. In der außenpolitischen Orientierung wird der Weg der «europäischen Integration» so weit fortgeführt, wie es die EU für sinnvoll hält. Gleichzeitig wird ein deklarativer Patriotismus in der Kosovo-Frage eine antagonistische Haltung gegenüber dem «Westen» simulieren, um das nationale Gemüt zu beruhigen. Kurz: Aller Wahrscheinlichkeit nach wird die Politik der bisherigen «neoliberal-patriotischen Mitte-links-rechts Koalition» mit bestimmten Veränderungen in der Personalaufstellung fortgesetzt werden.

## **WAHLENTSCHEIDENDE THEMEN: «ARBEIT» UND «LAW AND ORDER»**

Angesichts der tiefen Wirtschaftskrise, des Anstiegs der offiziellen Arbeitslosenquote auf das historische Hoch von 24% und der fortgesetzten Verarmung weiterer Bevölkerungsgruppen, schien es im Vorfeld der Wahlen wahrscheinlich, dass soziale Fragen den Wahlkampf bestimmen würden. Dies war allerdings nur teilweise der Fall. Sozialpolitische Themen wie die Gesundheitspolitik, der Zugang zum Bildungswesen oder die Erhaltung sozialer Sicherheitssysteme spielten im Wahlkampf kaum eine Rolle. Als Ersatzhandlung wurde das neoliberale Mantra wiederholt, mit dem die serbische Bevölkerung bereits seit über zehn Jahren berieselt wird. Der große Konsens aller relevanten Parteien von der ultra-neoliberalen LDP, über die «Sozialisten» und «Sozialdemokraten» der SPS und DS bis zur nationalkonservativen Rechten von DSS und SNS besteht im Glaubenssatz, dass nur ausländische Direktinvestitionen die serbische Ökonomie aus der Krise führen könnten. Aus diesem Grund argumentieren alle relevanten Parteien dafür, möglichst günstige Investitionsbedingungen zu schaffen. Die Frage, ob mit diesem neoliberalen Ansatz der unbedingten Weltmarktintegration und Konkurrenz um ausländisches Investitionskapital, das hauptsächlich an Billiglohnproduktion und dem Aufkauf von Distributionsnetzen für importierte Waren Interesse hat, überhaupt nachhaltiges Wachstum initiiert und Spielraum für eine aktive Sozialpolitik geschaffen werden kann, spielt in den Diskussionen der serbischen Öffentlichkeit so gut wie keine Rolle. Unterschiede in der Argumentation gibt es im Wesentlichen nur bei der Frage, woher die erhofften Investitionen kommen sollen. Die prowestlichen Parteien wie LDP und DS wollen das Kapital aus der Europäischen Union anlocken. Die nationalkonservativen Parteien wie DSS und SNS würden dagegen lieber Investitionen aus Russland und China sehen. Die Fixierung auf ausländische Investitionen als Allheilmittel nimmt dabei groteske Züge an. Die Wirtschaftsexpertin der SNS, Jorgovanka Tabaković, versprach im Wahlkampf die phantastische Summe von 100 Milliarden Euro ausländischer Direktinvestitionen in den kommenden zehn Jahren, falls ihre Partei die Wahlen gewinnen würde.<sup>3</sup> Auch die bisherige Privatisierungspolitik, die zur Abwicklung hunderttausender industrieller Arbeitsplätze und der Schließung zahlreicher strategisch wichtiger Betriebe geführt hat, wurde nicht grundsätzlich hinterfragt. Stattdessen betonten alle Parteien, dass sie die grassierende Korruption im Verlauf des Privatisierungsprozesses bekämpfen wollen. Diese deklarativen Absichten folgen aber bisher keine Taten.

Angesichts des Mangels an einer grundsätzlichen Diskussion über wirtschaftliche Fragen und der realistischen Einschätzung, dass sozialpolitische Versprechen von der Bevölkerung schnell als hohle Wahlkampfpflügen entlarvt und damit nur wenig Stimmen bringen würden, setzten die Stäbe der drei führenden Parteien vor allem auf einen «Law and Order» Wahlkampf. Der Belgrader Bürgermeister Dragan Đilas von der DS lies unmittelbar vor den Wahlen vor laufenden TV-Kameras einen großen Roma-Slum in Novi Beograd räumen. Den Ton im «Law and Order» Wahlkampf gab allerdings Innenminister Ivica Dačić von der SPS an.

---

<sup>3</sup> Tabaković: Strani biznismeni čekaju da SNS dođe na vlast da bi ulagali u Srbiju, Telegraf (27.4.2012)

Sein Wahlkampf motto lautete «Klar – Hart – Entschieden» (Jasno – Čvrsto – Odlučno). In seinen Auftritten auf Kundgebungen und in den Medien versuchte sich Dačić als kompromissloser Kämpfer darzustellen. Er kündigte nicht nur eine Abrechnung mit der grassierenden organisierten Kriminalität an, sondern auch «internationale und einheimische Kapitalisten» verhaften zu wollen, welche die ArbeiterInnen mit illegalen Methoden ausbeuteten. Einen Moment konnte man bei diesen Äußerungen vergessen, dass die SPS besonders eng mit den «Tycoons» verbunden ist, die ihren für serbische Verhältnisse ungeheuren Reichtum durch den rabiatischen Privatisierungsprozess akkumuliert haben. Besondere Wachsamkeit mahnte Dačić selbstverständlich gegenüber «albanischen Terroristen» an. Kurz vor dem Wahltag sandte er die Anti-Terror-Einheiten der Polizei zu einer spektakulären Aktion in das mehrheitlich von AlbanerInnen bewohnte Preševo-Tal und ließ eine Reihe von ehemaligen Kämpfern eines UCK-Ablegers verhaften, um sie vor laufenden Fernsehkameras nach Belgrad zu bringen.

Auch die Serbische Fortschrittspartei versuchte sich mit dem «Law and Order» Thema zu profilieren. Ihr Wahlkampfclou bestand in der Einladung des früheren New Yorker Bürgermeisters Rudy Giuliani nach Belgrad. Mit dem prominenten Gast sollten gleich mehrere Themen angesprochen werden, von denen sich die SNS Popularität versprach. Einerseits wurde Giulianis Politik der harten Hand gegenüber urbanen Unterschichten und «Kriminellen», die unter dem Motto «Zero tolerance» bekannt wurde, als ein Modell für die Belgrader Stadtentwicklung gepriesen. Andererseits wurde Giulianis Rolle als Bürgermeister nach dem Angriff auf die Twin Towers 2003 betont. Die serbische Rechte versucht seit Jahren auf das Trittbrett des von den USA geführten «War on Terror» aufzuspringen um damit die Kriege in Bosnien-Herzegowina und Kosovo im Lichte des Kampfes von Christentum (auf dem Balkan repräsentiert durch Serbien) und Islam (repräsentiert durch Kosovo-Albaner und bosnische Muslime) zu interpretieren.

## **ABWESENHEIT EINER DEMOKRATISCH-SOZIALISTISCHEN LINKEN**

Demokratisch-sozialistisch orientierte BürgerInnen – und davon gibt es viele – hatten in Serbien am vergangenen Sonntag keine Wahl. Keine der bestehenden deklarativ «linken» Parteien verfügt über ein kohärentes demokratisch-sozialistisches politisches Projekt, das mit der Ausrichtung der Parteien der Europäischen Linken von DIE LINKE in Deutschland über Front de Gauche in Frankreich bis SYRIZA in Griechenland vergleichbar wäre. Die SPS hat sich unter der Führung von Ivica Dačić in den vergangenen zwölf Jahren zwar etwas vom Erbe Slobodan Miloševićs distanziert. Aber sie hat sich dabei nicht in Richtung einer zeitgemäßen antikapitalistischen und emanzipatorischen Partei entwickelt. Die SPS appelliert zwar deklarativ für mehr soziale Gerechtigkeit. Ivica Dačić hat im Wahlkampf sogar angekündigt, er wolle den IWF aus Serbien vertreiben. Auch in der Ikonographie versucht die SPS an ein linkes Erbe anzuschließen und verwendete im Wahlkampf ein Logo mit roten Sternen und jugo-nostalgischem Design. In der Regierungspraxis dementiert die SPS aber alle sozialen Versprechen und setzt kompromisslos einen neoliberalen Kurs durch. Dieser wird durch die Rhetorik und Praxis der «harten Hand» ergänzt. In welche Richtung sich die SPS entwickelt, zeigt auch der Mitgliedsantrag bei der Sozialistischen Internationalen, den die Partei bereits im Mai 2008 gestellt hat. Die einzigen «linken» Elemente der SPS bestehen darin, dass die Partei – im Gegensatz zu den anderen dominanten politischen Kräften – weiterhin am Erbe der Partisanenbewegung anknüpft und Distanz zur Orthodoxen Kirche hält. In diesem Sinne steht die SPS links von allen anderen größeren Parteien, die mehr oder weniger klerikal orientiert sind und über ihren konsensualen Antikommunismus die Rehabilitierung der Četnik-Bewegung betreiben.

Das Versagen und die Desorientierung der Linken in Serbien werden auch am Verhalten anderer deklarativ linker Kleinparteien deutlich. So hat die kleine SPS-Abspaltung «Pokret socijalista» PS [Bewegung der Sozialisten] um die Milošević-Loyalisten Aleksander Vulin und Milorad Vučelić auf der Liste der rechtskonservativ-neoliberalen SNS kandidiert. Die Gemeinsamkeit des PS und der SNS liegt im Nationalismus und einer mit der Tradition der Orthodoxen Kirche begründeten Suche nach Nähe zu Russland. Dieser Orientierung ordnet das PS offenkundig alles andere unter. Denn selbst vom Sozialpopulismus des alten «radikalen» Tomislav Nikolić ist nichts mehr übriggeblieben. Die SNS verfolgt einen autoritären neoliberalen Kurs, der sich programmatisch von der DS im Wesentlichen nur durch die außenpolitische Orientierung unterscheidet. Besonders unappetitlich ist dabei, dass sich die SNS – und damit auch das PS – offenbar vom serbischen Tycoon Bogoljub Karić – einem Privatisierungsgewinnler der 90er Jahre – finanzieren lässt, der in Serbien mit einem Haftbefehl gesucht wird und in Moskau im «Exil» sitzt. Mehrere Familienangehörige von Karić kandidierten auf der Liste der SNS.

Aber auch die marginale antinationalistische Linke ist offenbar nicht in Lage, sich im Kontext der gegenwärtigen Herausforderungen neu aufzustellen. Die Sozialdemokratische Union SDU des Psychologiepro-

fessors und Parlaments-Abgeordneten Žarko Korač kandidierte zusammen mit den Liberaldemokraten und der Serbischen Erneuerungsbewegung SPO auf der Liste «Preokret». Damit stellte sich die SDU in einen fast absurd anmutenden, in jedem Fall konfuse politischen Kontext. Das erklärte Ziel dieser Liste war es, «linke» und «rechte» Kräfte zu vereinen, um gemeinsam die «Umkehr» [Preokret] zu schaffen. Diese «Umkehr» sollte in erster Linie durch die de facto Anerkennung des Kosovo erreicht werden um die «europäische Integration» zu beschleunigen. Diesem Ziel opferte die SDU alles, was eine potentiell linke Politik ausmachen könnte. Die «Preokret»-Liste stand unter der Dominanz der LDP, die eine radikale Privatisierungspolitik als wichtigstes Heilmittel der wirtschaftlichen Gesundung Serbiens betrachtet. Gleichzeitig verband sich die SDU mit der monarchistischen Serbischen Erneuerungsbewegung SPO von Vuk Drašković. Dieser hat am Beginn der 1990er Jahre mit seiner extremnationalistischen Rhetorik zum Ausbruch des Kriegs in Kroatien und Bosnien-Herzegowina beigetragen und eine paramilitärische Truppe ausgerüstet. Mittlerweile distanziert sich Drašković zwar von den «Exzessen» der 1990er Jahre, doch bleibt er ein bekennender Četnik-Verehrer und militanter Anti-Kommunist. Drašković definiert das serbische nationale Interesse heute nicht mehr in Eroberungsfeldzügen in Bosnien-Herzegowina, Kroatien oder Kosovo, sondern plädiert dafür, das Kosovo als «verloren» hinzunehmen um den Anschluss an die Europäische Union zu finden.

Auch die außerparlamentarische Linke ist in Serbien politisch und organisatorisch außerordentlich schwach. Es gelingt ihr kaum, eine eigenständige politische Position zu formulieren und in eine politische Praxis umzusetzen, die Widerhall in der Gesellschaft findet. Besonders negativ ist das Verhalten der verschiedenen konkurrierenden Gewerkschaftsverbände zu werten. Statt im Wahlkampf eine gemeinsame sozialpolitische Position zu formulieren und gegenüber den Parteien zum Ausdruck zu bringen, haben sich die Dachverbände einzelnen Parteien angeschlossen, um auf diese Weise im klientelistisch strukturierten politischen System in Serbien an der Macht zu partizipieren.

## **UMGRUPPIERUNG AUF DER NATIONALISTISCHEN RECHTEN**

Wenn in der deutschen Presse von Serbien die Rede ist, wird meist das Stereotyp eines Landes produziert, dessen Bevölkerung und Eliten vom «ethnischen Nationalismus» geradezu besessen sind. Durch dieses Prisma werden im dominanten Diskurs in Deutschland die Zerstörung Jugoslawiens und die innenpolitische Situation Serbiens beschrieben. Dieses Interpretationsraster ist allerdings nicht nur falsch, es führt auch dazu, dass wichtige Prozesse in der serbischen Gesellschaft gar nicht wahrgenommen werden. So hat beispielsweise bei der vergangenen Wahlkampagne die «Kosovo-Frage» keine entscheidende Rolle gespielt. Und die nationalistischen Kräfte, welche ihre Politik auf die Kosovo-Frage orientierten, haben nur schwache Ergebnisse erzielt. Die DSS von Vojislav Koštunica erreichte nur wenig über sieben Prozent. Die Serbische Radikale Partei SRS, als Expositur des aggressiven Ethnonationalismus, erlebte eine historische Niederlage. Sie wird zum ersten Mal seit ihrer Gründung Anfang der 90er Jahre nicht mehr im Parlament vertreten sein. Ihre ehemaligen WählerInnen haben im Wesentlichen für die neu gegründete SNS gestimmt, die sich in der Kosovo-Frage weit moderater gibt. Der Niedergang der SRS öffnet möglicherweise die Tür für eine weitere Umgruppierung auf der nationalistischen Rechten. Die neu gegründete Partei «Dveri» hat aus dem Stand über vier Prozent erreicht. Diese Gruppierung hat das Potential, sich zu einem ernsthaften politischen Faktor zu entwickeln. Ihre Führungsgruppe besteht aus jungen rechtsorientierten Intellektuellen, die enge Beziehungen zur Orthodoxen Kirche pflegen. In der Wahlkampagne haben sie eine populistische nationalistische EU-Kritik von rechts entwickelt, welche stark auf wirtschaftliche und soziale Probleme abzielt und ein Publikum gefunden hat. Damit liegen die «Dveri» im Trend der Zeit. Ähnliche Gruppen entwickeln sich in allen Ländern Südost-Europas, aber vor allem auch innerhalb der EU. Umso dringender ist die Öffnung eines politischen Raums für eine linksorientierte emanzipatorische Kritik an der neoliberalen Krisenbewältigungspolitik der EU, welche die Länder der europäischen Peripherie in besonderem Maße betrifft.

Boris Kanzleiter, Belgrad 9.5.2012

Leiter der RLS Büros für Südost-Europa in Belgrad